

DRB-Empfang auf dem Deutschen Juristentag

Top-Thema in Essen ist die Digitalisierung: Braucht das BGB ein Update?



Berlin. Der Deutsche Richterbund veranstaltet auf dem Deutschen Juristentag (DJT) im September in Essen erstmals einen rechtspolitischen Empfang. Der nordrhein-westfälische Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) hat bereits zugesagt und wird unter anderem über eines der Top-Themen der Veranstaltung sprechen: „Digitale Wirtschaft – Analoges Recht – Braucht das BGB ein Update?“

Die zivilrechtliche Abteilung des DJT befasst sich mit der Frage, ob das BGB-Vertragsrecht ausreichende Regeln für den Austausch digitaler Güter bereitstellt, ob Spezialnormen gefragt sind oder eine umfassende Reform gefordert werden muss. Ebenfalls um die Herausforderungen der Digitalisierung geht es im Arbeits- und Sozialrecht. Die strafrechtliche Abteilung diskutiert die Öffentlichkeit im Strafverfahren und das Spannungsverhältnis zwischen Transparenz und Schutz der Verfahrensbeteiligten. Außerdem geht es in Essen um den Funktionswandel der Verwaltungsgerichtsbarkeit unter dem Einfluss des Unionsrechts und um die Frage, ob das Personengesellschaftsrecht grundlegend reformiert werden muss. Die Familienrechtler befassen sich mit der rechtlichen Gestaltung neuer Familienformen und rechtlicher, biologischer und sozialer Elternschaft. Bei der Eröffnungsveranstaltung wird unter anderem Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) eine Ansprache halten. Eine Podiumsdiskussion und eine Wanderausstellung thematisieren die Rolle der Justiz im Nationalsozialismus. Zahlreiche Unternehmen, Verbände und Organisationen werden sich dem Fachpublikum präsentieren. Rund um die Stadt Essen wird ein umfangreiches Rahmenprogramm geboten.

Der **71. Deutsche Juristentag** tagt vom **13. bis 16. September** in Essen. Der Empfang des Deutschen Richterbundes findet am **Donnerstag, den 15. September 2016 von 13.00-14.00 Uhr** im Foyer Saal Ruhr der Messe Essen/CC-Ost statt.



Mehr Transparenz bei der Bundesrichterwahl?

Die Grünen wollen eine Reformdebatte anstoßen



Berlin. Die Bundesrichterwahl gilt als intransparent, die zunehmenden Konkurrentenstreitigkeiten lähmen die Gerichte. Das Verfahren steht immer wieder in der Kritik. Nun wollen die Grünen Reformen anstoßen: Hamburgs grüner Justizsenator Till Steffen und Schleswig-Holsteins Justizministerin Anke

Spoorendonk (SSW) haben das Thema auf die Tagesordnung der Justizministerkonferenz gesetzt, die derzeit in Nauen stattfindet. Am Abend vor der Konferenz lud der thüringische Justizminister Dieter Lauinger (Grüne) in die Landesvertretung Thüringens in Berlin ein, um mit seinen Amts- und Parteikollegen sowie Vertretern der Richterschaft über Reformansätze zu diskutieren. Neben Steffen und Spoorendonk waren auch die niedersächsische Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (Grüne), die rechtspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen Katja Keul, der DRB-Vorsitzende Jens Gnisa sowie Richter am Bundesgerichtshof Christian Tombrink Gäste auf dem Podium. Sie waren sich einig, dass das Verfahren transparenter gestaltet werden muss – doch wie sich das sinnvoll umsetzen lässt, ist noch offen. Das Grundgesetz verlangt sowohl eine demokratische Legitimation durch eine Wahl wie auch die Berücksichtigung der Bestenauslese.

Die Bundestagsfraktion der Grünen hatte bereits Anfang des Jahres einen Antrag gestellt, in dem sie die Bundesregierung auffordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Pflicht zur Ausschreibung von freien Stellen oder zumindest ein Interessenbekundungsverfahren vorsieht. Zudem solle unter anderem ein Anforderungsprofil mit verbindlichen Grundanforderungen festgelegt werden sowie ein einheitliches Bewertungssystem, anhand dessen die Präsidialräte die persönliche und

fachliche Eignung der Kandidaten beurteilen. Die Grünen fordern außerdem eine quotierte Vorschlagsliste, sodass für jede zu besetzende Stelle jeweils eine Frau und ein Mann vorgeschlagen werden.



Redaktion: Annelie Kaufmann
Mitarbeit: Konstantin Hoffmann
Bild 1: Deutscher Juristentag (djt)
Bild 2: fotolia – Frank Wagner

Deutscher Richterbund e.V.
Haus des Rechts
Kronenstraße 73
10117 Berlin

Newsletter Archiv

Tel. 030-20 61 25-0
Fax 030-20 61 25-25

© Deutscher Richterbund

info@drb.de
www.drb.de